

Aufgrund der Vorfälle in den letzten Wochen möchte das Veterinärreferat der BH Leibnitz über die **tierschutzrechtlichen Vorgaben**, die bei der Haltung von **Wildtieren** einzuhalten sind, informieren.

Der Begriff „**Wildtiere**“ umfasst alle Tiere außer Haus- und Heimtiere.

Die **Mindestanforderungen** für die Haltung von Wildtieren sind in der 2. Tierhaltungsverordnung (BGBl. II Nr. 486/2004 idgF BGBl 384/2007) angeführt.

Wildtiere, die besondere Ansprüche (Klima, Ernährung, Bewegungsbedürfnis, Sozialverhalten) an die Haltung stellen sind in § 8 der 2. Tierhaltungsverordnung aufgezählt (z.B. alle **Amphibien** dazu zählen die Schwanz- und Froschlurche und **Reptilien** dazu zählen 35 Schildkröten-Arten, 68 Schlangen-Arten, 23 Echsen-Arten, 8 Chamäleon-Arten und 7 Krokodil-Arten, aber auch die Wildtierarten der **Vögel** (ausgenommen im Wesentlichen Nymphen- und Wellensittiche) und alle **Fische**, die in Freiheit mehr als 1 m lang werden).

Diese Wildtiere dürfen nur nach vorheriger **Anzeige bei der Bezirksverwaltungsbehörde**, gehalten werden.

Die Anzeige hat zu enthalten:

- Ø Name und Anschrift des Halters,
- Ø Art und Höchstzahl der gehaltenen Tiere,
- Ø Ort der Tierhaltung
- Ø Größe z.B. der Terrarien
- Ø Nummer der CITES-Papiere und
- Ø weitere Angaben, die zur Beurteilung durch die Behörde erforderlich sind, zu enthalten (§ 25 (1) TSchG).

Das gleiche gilt für **Schalenwild**, das in Gehegen ausschließlich zur Fleischgewinnung gehalten wird sowie für Strauße, wenn die Haltung gewerbsmäßig erfolgt. In diesen Fällen ist ebenfalls eine Anzeige bei der Bezirksverwaltungsbehörde erforderlich, die Mindestanforderungen regeln die Anlagen 7 und 8 der 1. Tierhaltungsverordnung, BGBl II 485/2004 idgF. BGBl 530/2006.

Aus Tierschutzgründen ist die Haltung **bestimmter Wildtierarten** (§ 9 der 2. Tierhaltungsverordnung sieht dies z. B. für Menschenaffen, Rüsseltiere, Giraffen, Großbären etc. vor) **verboten**.

Das Verbot umfasst jene Tierarten, bei denen davon ausgegangen werden muss, dass die Anforderungen, die die Haltung und Pflege dieser Tiere stellen, von herkömmlichen Tierhaltern nicht erfüllt werden können.

Unabhängig von den tierschutzrechtlichen Bestimmungen darf auf die **Zuständigkeit der Gemeinden** gemäß § 3c Landes-Sicherheitsgesetz, LGBl 24/2005 idgF 19/2009 hingewiesen werden:

Halten von gefährlichen Tieren

(1) Das Halten von gefährlichen Tieren ist nur mit Bewilligung der Gemeinde zulässig.

(2) Als gefährlich gelten Tiere, die auf Grund ihrer arttypischen oder individuellen Verhaltensweise die Sicherheit von Menschen gefährden können (z. B. Schlangen, Giftspinnen, Raubkatzen oder Bären).

(3) Die Bewilligung gemäß Abs. 1 ist zu erteilen, wenn keine Gefährdung der Gesundheit oder des Lebens von Menschen, keine unzumutbare Belästigung von Menschen und keine Gefährdung des Eigentums dritter Personen zu erwarten ist. Zur Gewährleistung dieser Interessen kann die Bewilligung befristet sowie unter Bedingungen oder mit Auflagen erteilt werden.

In solchen Verfahren kann das Veterinärreferat allenfalls als sachverständig hinzugezogen werden.